

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Betriebsausschusses der citeq
am Donnerstag, **27.04.2017**, 17:00 Uhr - 17:10 Uhr,
citeq, Scheibenstraße 109, 48153 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Jens Christian Heinemann , Philip Neumann , Hans-Gerd van Schelve ,

von der SPD-Fraktion:

Dr. Michael Jung ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Otto Reiners ,

von der FDP-Fraktion:

Martin Gerhardy ,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Dr. Ralf Henrichs ,

von den Piraten:

Karsten Hannig ,

Vertreter/innen der Beschäftigten:

Norbert Spichala , Olaf Zerfowski ,

von der Verwaltung:

Wolfgang Heuer , Udo Köster , Stefan Schoenfelder , Holger Waterkamp ,

für die Schriftführung:

Gerda Laurenz ,

Es fehlte/n:

Wolfgang Annen , Jörg Berens , Jürgen Lemke , Bürgermeister Josef Uphoff , Manfred Wenzel ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Betriebsausschusses der citeq am 27.04.2017

Tagesordnung

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
- 3.1. Pilotprojekt "Kommunales open Government in NRW"
4. Anhörungen
- 4.1. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0035/2016 "Mehr E-Government in der Verwaltung - Interne Arbeitsprozesse vereinfachen, Effizienz erhöhen"
5. Berichte
- 5.1. Quartalsbericht IV/2016
6. Verschiedenes

V/0250/2017

I

Punkt 1 der Tagesordnung**Protokoll der letzten Sitzung**

Zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es keine Einwände und es wird somit genehmigt.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung gibt es keine Einwände und sie wird genehmigt.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Pilotprojekt "Kommunales open Government in NRW"**

Herr Schoenfelder teilt mit, dass die FDP-Fraktion ein Schreiben vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen eingereicht habe, in welchem Gemeinden

und Gemeindeverbände zu einer Teilnahme an einem Förderprojekt „Kommunales Open Government in NRW“ aufgerufen werden.

Die Fördersumme betrage für das Jahr 2017 zwischen 12.500 und 100.00 €, wobei 20 % der benötigten Finanzen selbst aufgebracht werden müssten.

Parallel habe sich die citeq ebenfalls auf ein Pilotprojekt „Modellkommune Open Government“ des Bundes beworben. Dort werden für maximal 9 Kommunen Fördersummen von 50.000 € für den Zeitraum 2017 bis 2019 bereitgestellt.

Hintergrund:

Münster hat bereits Erfahrungen und als eine der ersten Städte in Deutschland in das OpenData-Portal des Bundes offene Daten geliefert. Einige Jahre später wurde das Portal für Direktlieferungen der Kommunen gesperrt. Unter anderem aus diesem Grund ist die verwaltungsweite Betrachtung und Umsetzung von OpenData in der Stadt Münster vorübergehend nicht weiter verfolgt worden.

Hinzu kam, dass die von den fachlich verantwortlichen Ämtern und Einrichtungen gemeinsam mit I/citeq unter dem Label OpenData auf eigenen Internetseiten oder im Bundesportal www.govdata.de bereitgestellten Daten nach Kenntnis der citeq bisher zumindest nicht nachweislich Nutzen gestiftet haben. Der Wert von OpenData entsteht nämlich nicht durch die Bereitstellung der Daten und auch nicht durch die Entwicklung von Anwendungen, die diese Daten verwenden. Der Nutzen entsteht eigentlich erst dann, wenn Bürger/innen, Wissenschaftler oder Unternehmen aus den aufbereiteten Daten Rückschlüsse ziehen oder ihr Verhalten beeinflusst wird.

Die Förderwettbewerbe von Land und Bund werden nun aber zum Anlass genommen, den Faden wieder aufzugreifen und ein städtisches OpenData-Portal aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund habe man sich für die beiden Projekte vier Ziele vorgenommen.

1. Verhältnis von Aufwand zu Nutzen muss stimmen

In den Projekten soll sichergestellt werden, dass dem Aufwand zur Bereitstellung der offenen Daten auch ein realer Nutzen gegenüber steht. Hierzu soll – rund um die Lebenslage Familie mit städtischen Ämtern / Einrichtungen geprüft werden, welche Daten aus städtischer Sicht möglicherweise OpenData-relevant und einfach bereit zu stellen wären. In Rückkopplung mit der Stadtgesellschaft soll dann ermittelt werden, inwieweit die Bereitstellung dieser Daten einen nachhaltigen Nutzen generieren könnte.

2. Stimulanz – Kooperationswege vor Eigenentwicklung wählen

Eine beliebte Möglichkeit, Informationen zur Verfügung zu stellen, sind heutzutage Apps. Bei Recherchen fällt auf, wie viele es für Münster bereits gibt. Deshalb sollte im Vorfeld der Entwicklung eigener Apps zunächst geprüft werden, ob mit kommerziellen (z. B. Stadtwerke) sowie auch ehrenamtlichen App-Entwicklern (z. B. Bürgercommunity „Code for Münster“ unter dem Dach der Open Knowledge Foundation) die städtischen Daten über ihre Apps verfügbar machen möchten.

3. Erweiterter OpenData-Ansatz

Die städtischen Tochterunternehmen und ggf. auch Beteiligte der Stadtgesellschaft (z. B. Westfälische Wilhelmsuniversität oder die Kirchen) sollen dazu befragt werden, ob sie ggf. ebenfalls offene Daten in das aufzubauende städtische OpenData-Portal einstellen können.

4. Ausweitung um Lebenslagen / Zielgruppen

Nach Abschluss dieses Projektes können ggf. offene Daten für weitere Lebenslagen oder Zielgruppen Gruppen, wie z. B. Senioren, Hausbesitzer oder Schüler, bereitgestellt werden.

Mit den Entscheidungen für die beiden Förderprojekte werde Mitte Mai gerechnet.

Herr Gerhardy bedankt sich für die schnelle Reaktion der citeq.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0250/2017

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0035/2016 "Mehr E-Government in der Verwaltung - Interne Arbeitsprozesse vereinfachen, Effizienz erhöhen"

Herr Reiners beantragt, bei der Vorlage den Punkt 2 der Sachentscheidung zu streichen. Der gemeinsame Ratsantrag könne noch nicht als erledigt betrachtet werden, weil die Ergebnisse der Prozessoptimierung erst Mitte 2018 vorliegen. Die Mitglieder des Betriebsausschusses stimmen dem Antrag zu. Einstimmig wird beschlossen, dem Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government folgenden Beschlussvorschlag zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung derzeit u. a. folgende (Teil-) Projekte zur Optimierung der Strukturen und Geschäftsprozesse im Bereich der Beschaffungen durchführt:

- Einführung eVergabe,
- Einführung Vergabemanagementsystem,
- Einführung eines Katalogmanagements (SAP SRM) sowie
- Bestands- und Prozessanalyse im Vergabewesen.

In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob ein Gutschriftverfahren eine Möglichkeit für die Stadt Münster ist, die Prozesse zur Rechnungsbearbeitung zu optimieren. Mit einem abschließenden Ergebnis ist voraussichtlich Mitte 2018 zu rechnen.

~~2. Der gemeinsame Ratsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0035/2016 „Mehr E-Government in der Verwaltung – Interne Arbeitsprozesse vereinfachen, Effizienz erhöhen“ (Anlage) ist damit erledigt.~~

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung des oben angeführten Beschlusses keine zusätzlichen Aufwendungen entstehen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung	Berichte
---------------------------------	-----------------

Punkt 5.1 der Tagesordnung	Quartalsbericht IV/2016
-----------------------------------	--------------------------------

Der Quartalsbericht IV/2016 wird ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung	Verschiedenes
---------------------------------	----------------------

Keine Themen.

Dr. Michael Jung
Vorsitz

Gerda Laurenz
Schriftführung